



Nr. 10

19. März 2015

Inhalt

[Einkommensrunde 2015:](#)

[Russ: Auftreten der Arbeitgeber ist hilflos+++](#)

[Tarifverhandlungen Landesbeschäftigte ergebnislos vertagt:](#)

[Verhandlungsführer des dbb: „Wir sind in einer Sackgasse“+++](#)

[Beamte bei Postnachfolgeunternehmen -](#)

[Benra: Postpersonalrechtsnovelle ermöglicht beliebige](#)

[Verwendung+++](#)

[Arbeitsschutz: Neue Arbeitsstättenverordnung jetzt ohne](#)

[Abstriche umsetzen+++](#)

[22. Europäischer Abend: dbb fordert neue Europapolitik+++](#)

[Equal Pay Day: Transparenz schaffen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Jürgen Schröder verstorben+++](#)

[Deutsche Post AG - DPVKOM fordert Bemessungstarifvertrag und](#)

[Arbeitszeitverkürzung+++](#)

[VBE: 4. Deutscher Schulleiterkongress war „voller Erfolg“+++](#)

[GDL: Verhandlungen werden fortgesetzt+++](#)

[Blockupy-Proteste: DPoIG verurteilt Gewalt gegen](#)

[Polizeieinsatzkräfte+++](#)

[Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichts – VBE: „Rolle rückwärts“+++](#)

[Philologenverband befürchtet neues Konfliktpotenzial in Schulen+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2015: Russ: Auftreten der Arbeitgeber ist hilflos

(dbb) Der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ, hat zu Fortschritten in der laufenden Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder gedrängt und den Arbeitgebern vorgeworfen, hilflos zu agieren. Der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 19. März 2015) sagte Russ, zwar habe man sich auf eine vierte Runde geeinigt, eine fünfte oder sechste sei aber „eine Horrorvorstellung“.

Der dbb Verhandlungsführer kündigte weitere Protestaktionen der Beschäftigten in der Folgewoche an: „Die Warnstreiks werden den Ländern zeigen, was ihnen blüht, wenn dieser Tarifkonflikt eskaliert. Und davon sind wir gar nicht so weit entfernt.“ Wenn es am 28. März kein ordentliches Angebot gebe, „zeigen wir auf Deutschlands Straßen, wozu wir in der Lage sind - und zwar unbefristet“.

Zum Streitpunkt betriebliche Altersversorgung sagte Russ: „Wir haben das Finanzierungsproblem aufgrund der demografischen Entwicklung ja erkannt und würden bei der Finanzierung mitmachen - also über einen Zusatzbeitrag der Mitarbeiter diskutieren. Damit wir aber überhaupt über die Höhe eines Arbeit-

nehmeranteils reden können, benötigen wir ein Angebot der Arbeitgeber über die Lohnerhöhung.“ Ohne ein lineares Angebot, so Russ, „macht ein Weiterverhandeln keinen Sinn“.

Auch beim Thema Lehrereingruppierung sei man weit von einer Einigung entfernt. Er schließe nicht aus, dass es am Ende keine Einigung zur Lehrereingruppierung geben werde. „Aber das wäre ein Armutszeugnis und würde nachhaltig das Klima zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften belasten“, so Russ.

Weitere Informationen zur Einkommensrunde: www.dbb.de/einkommensrunde2015 (01/10/15)

Tarifverhandlungen Landesbeschäftigte ergebnislos vertagt: Verhandlungsführer des dbb: „Wir sind in einer Sackgasse“

(dbb) Auch die dritte Verhandlungsrunde im Tarifkonflikt für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder ist am 17. März 2015 in Potsdam ohne konkrete Ergebnisse zu Ende gegangen. „Offensichtlich müssen die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen und Betrieben ihren Arbeitgebern noch mehr Dampf machen“, sagte der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ.

„Wir sind in einer Sackgasse. Bis heute sieht sich die Tarifgemeinschaft der Länder außer Stande, einen realistischen Lösungsvorschlag zu machen. Vor der nun nötigen vierten Verhandlungsrunde müssen wir also den Druck erhöhen.“ Willi Russ bat die von Warnstreiks in den nächsten Tagen betroffenen Bürgerinnen und Bürger schon jetzt um Verständnis und Unterstützung. „Natürlich ist es ärgerlich, wenn Schulen und Kitas geschlossen sind, OPs verschoben werden müssen und es bei Straßenmeistereien und Behörden Verzögerungen gibt. Die Verantwortung hierfür liegt allein bei den Länderarbeitgebern.“

In Sachen Lehrereingruppierung schalte die TdL weiter „auf stur“, so Russ. „Gleichzeitig verlangt sie massive Einschnitte bei der Zusatzversorgung der Beschäftigten. Eine 'Zu-

satzversorgung-Light' wird es mit uns nicht geben. Außerdem haben wir jetzt drei Runden verhandelt ohne lineares Angebot der Arbeitgeber. Herr Bullerjahn, Sie sind eindeutig am Zug!“

Hintergrund:

Der dbb beamtenbund und tarifunion fordert für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder 5,5 Prozent Einkommensplus, mindestens aber 175 Euro. Auszubildende sollen eine Entgelterhöhung von 100 Euro erhalten und dauerhaft übernommen werden. Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind insgesamt 2,9 Millionen Beschäftigte betroffen: 800.000 Arbeitnehmer der Länder (ohne Hessen, das nicht Mitglied der TdL ist), für die der

TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und

finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten.

Weitere Informationen zur Einkommensrunde gibt es online:

www.dbb.de/einkommensrunde2015
(02/10/15)

Beamte bei Postnachfolgeunternehmen - Benra: Postpersonalrechtsnovelle ermöglicht beliebige Verwendung

(dbb) Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra kritisiert, dass rund 100.000 aktive, ehemalige Postbeamte im Zuge der Weiterentwicklung des Postpersonalrechts in die Verantwortung beliebiger Privatunternehmen gestellt werden könnten.

Der Bund trägt für die bei den Postnachfolgeunternehmen (PNU) Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG und Deutsche Telekom AG der Deutschen Bundespost beschäftigten Beamtinnen und Beamten die Verantwortung als Dienstherr. Die eigentliche Weiterbeschäftigungs- und Kostentragungspflicht obliegt dagegen den PNU, die im Wege der Beleihung ermächtigt sind, die Rechte und Pflichten des Dienstherrn Bund gegenüber den bei ihnen beschäftigten Beamtinnen und Beamten wahrzunehmen. Um das zu gewährleisten, hatte der Gesetzgeber beim Übergang der Bundespost in privatwirtschaftliche Unternehmen eigens die Verfassung geändert, weil er ein einfaches Gesetz nicht für hinreichend hielt. „Jetzt soll das wieder aufgeweicht und zugelassen werden, dass künftig nicht mehr die drei ursprünglichen Postnachfolgeunternehmen, sondern mehr oder weniger beliebige Privatunternehmen, die mit den drei Gründungsaktiengesellschaften nur noch am Rande verbunden sind, in die Verantwortung für Beamte gestellt werden“, sagte Benra dem „Behörden Spiegel“ (Ausgabe vom 12. März 2015.) Das sei mit der Verfassung nicht vereinbar.

Die entsprechende Vorschrift sei 1994 im Zuge der Postreform II in das Grundgesetz aufgenommen worden. „Unstrittig gemeint waren damals die drei Gründungsgesellschaften“, so der Dienstrechtsexperte. Aber auch losgelöst von den Verfassungsvorbehalten bedeute der Gesetzentwurf einen „Dammbruch“ hinsichtlich der dienstrechtlichen Zuordnung der Beamtin-

nen und Beamten der Postnachfolgeunternehmen: „Hierdurch wird der Weg für weitere Ausgliederungen geebnet.“ Die Neuregelung sei ein offenes Tor: „Außer dem abstrakten Ziel, die Rechtsstellung der Beamten und eine standesgemäße Beschäftigung zu sichern, der Voraussetzung eines rechtlichen oder wirtschaftlichen Nachfolgeverhältnisses und eines inländischen Unternehmens gibt es keine Bedingungen. Das grenzt an Beliebigkeit.“

Sollte das Gesetz dennoch in der vorliegenden Form verabschiedet werden, fordern der dbb und die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) in den Gesetzestext aufzunehmen, dass im Hinblick auf beamtenrechtliche Fragestellungen mindestens fachkompetente Organisationsstrukturen in den beliebigen Unternehmen sichergestellt werden. Die Unternehmen müssten ihren Sitz im Inland haben, in einem rechtlichen oder wirtschaftlichen Nachfolgeverhältnis zum ehemaligen Sondervermögen Deutsche Bundespost stehen. Darüber hinaus sollen bestehende Beurlaubungen Vertrauensschutz genießen und die vertretungsberechtigten Organe der betroffenen Unternehmen vor dem Erlass der Rechtsverordnung angehört werden. Jährlich müsse in Erörterungsgesprächen zwischen dem Bundesfinanzministerium und den Gewerkschaften geprüft werden, ob die beamtenrechtlichen Vorschriften durch die Unternehmen erfüllt werden.

(03/10/15)

Arbeitsschutz: Neue Arbeitsstättenverordnung jetzt ohne Abstriche umsetzen

(dbb) Die in der neuen Arbeitsstättenverordnung vorgesehenen Änderungen sollten jetzt nach Auffassung des dbb ohne Abstriche umgesetzt werden. Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in einem Schreiben an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles gefordert. In der öffentlichen Diskussion um die Novellierung der Arbeitsstättenverordnung war Nahles vorgeworfen worden, sie begeben sich mit diesem „Bürokratiemonster“ nach „Absurdistan“. Als Beleg waren plakative Beispiele angeführt worden, die einer sachlichen Überprüfung nicht standhalten.

So war etwa angeprangert worden, dass eine sogenannte „Sichtverbindung nach außen“ (gemeint sind Fenster und Oberlichter, die einen Tageslichteinfall ermöglichen), angeblich künftig in allen Räumen vorhanden sein müssten und so umfangreiche Umbaumaßnahmen bei fensterlosen Teeküchen, Toiletten und Kopierräumen notwendig würden. Tatsächlich sind aber diese Räume wie auch Einkaufszentren mit Verkaufsräumen, Gaststätten, großflächige Produktionshallen, spezielle ärztliche Behandlungsräume und Labors von dieser Regelung ausgenommen. Ähnlich verhält es sich mit der Kritik an den Anforderungen für Telearbeitsplätze oder die gleichfalls beanstandeten abschließbaren Spinde.

Der dbb bedauere, dass die Diskussion um die Novellierung der Arbeitsstättenverordnung

dazu geführt hat, dass der bereits mit dem Bundesrat abgestimmte Entwurf nicht – wie vorgesehen – Anfang Februar vom Kabinett verabschiedet, sondern auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, so Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt in seinem Schreiben vom 25. Februar 2015. Zugleich forderte er eine frühzeitige Beteiligung des dbb an ähnlichen Gesetzgebungs- und Verordnungsvorhaben durch Mitarbeit im Ausschuss für Arbeitsstätten ein. „Als gewerkschaftliche Spitzenorganisation wollen wir uns an der Ausgestaltung technischer Regeln und anderer Vorgaben, die Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und auf die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten in Deutschland haben, aktiv beteiligen“, so Dauderstädt. (04/10/15)

22. Europäischer Abend: dbb fordert neue Europapolitik

(dbb) „Europas Wirtschaft – Risse im Fundament?“ war das Thema des 22. Europäischen Abends, der am 16. März 2015 im dbb forum berlin stattfand. Die Reihe ist eine Kooperationsveranstaltung des dbb beamtenbund und tarifunion, der Europa-Union Deutschland, der Europäischen Kommission und des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

„Wo zu hohe Schulden sind, muss gespart werden, wo Strukturen veraltet und verkrustet sind, muss reformiert werden. Gleichzeitig muss es aber Investitionen geben in Infrastruktur und Bildung. Sonst kann ein Land nicht wieder auf die Beine kommen“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Vorfeld der Veranstaltung mit Blick auf die aktuelle europäische Krisenpolitik. Die europäische Politik der vergangenen Jahre sei zu einseitig ausgerichtet gewesen. „Dazu haben wir in Deutschland leider maßgeblich beigetragen“, so der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der komba gewerkschaft weiter.

Eine einseitige Konzentration auf die Staatsausgaben sei falsch. „Die Staatseinnahmen und der effiziente Einsatz öffentlicher Mittel müssen viel stärker in den Blick genommen werden“, ergänzt der dbb Bundesvorsitzende und Gastgeber des Europäischen Abends, Klaus Dauderstädt. Dauderstädt und Silberbach fordern mehr Respekt vor Vereinbarungen und Regeln, aber auch mehr Solidarität in Europa, besonders in der Wirtschafts- und Währungsunion. „Bei den Reformen, die allen Euro-Ländern abverlangt werden, müssen die Arbeitsmarkteffekte stärker im Vordergrund stehen“, so der dbb Bundesvorsitzende. „Jedes Mitglied der EU kann in wenigen Jahren schon wieder schlechter dastehen als heute und auf die Solidarität seiner Nachbarn und Partner

angewiesen sein. Deshalb ist einseitig deutschlandzentriertes Denken in der Krise nicht unbedingt weitsichtig", warnt Silberbach.

EU-Kommissar Günther Oettinger und Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, gingen in ihren Impulsvorträgen auf die aktuelle wirtschaftliche Situation Europas ein und zeigten mögliche Entwicklungen auf. Moderiert von Annette Rollmann diskutierten hierzu anschließend Marion von Haaren (Korrespondentin im ARD-

Hauptstadtstudio), Andreas Kluth (The Economist), Richard Kühnel, (Vertreter der EU-Kommission in Deutschland), Linn Selle (Preisträgerin „Frau Europas 2014“) und Ulrich Silberbach (stellvertretender dbb Bundesvorsitzender).

Mehr Informationen zum 22. Europäischen Abend unter <http://www.dbb.de/cache/teaserdetail/artikel/europas-wirtschaft-risse-im-fundament.html> (05/10/15)

Equal Pay Day: Transparenz schaffen

(dbb) Am 20. März 2015 ist Equal Pay Day. Bis zu diesem Tag müssen Frauen in Deutschland gewissermaßen umsonst arbeiten. Denn erst nach 79 Tagen verdienen sie bei einer Lohnlücke von 22 Prozent den gleichen Bruttostundenlohn wie ihre männlichen Kollegen.

Damit ist Deutschland auch 2014 das Schlusslicht in Europa geblieben, wenn es um die Entgeltgleichheit geht. Im europäischen Durchschnitt liegt die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern bei 16 Prozent.

Dazu Helene Wildfeuer, die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung: „Auch im öffentlichen Dienst gibt es trotz vermeintlich gleicher Verdienststrukturen Unterschiede beim Einkommen, die im Schnitt bei acht Prozent liegen. Ursache hierfür sind familienbedingte Berufsunterbrechungen, schlechte Beförderungschancen für Teilzeitbeschäftigte und auch die unterschiedliche Bezahlung sogenannter typischer Frauen- oder Männerberufe. Dabei sollten Tarif- und Besoldungssystem für gleiche Verdienststrukturen sorgen. Dass es trotzdem zu solchen Unterschieden kommt, widerspricht dem verfassungsmäßigen Gleichheitsgrundsatz, auf dem Tarif- und Dienstrecht beruhen. Diese Unterschiede können wir nicht länger

hinnehmen. Die dbb bundesfrauenvertretung ist seit Jahren im Rahmen einer Schwerpunktpartnerschaft beim Equal Pay Day aktiv, um diese Ungerechtigkeiten abzuschaffen.“

Dieses Jahr soll der Equal Pay Day dazu beitragen, das Tabuthema „Gehaltstransparenz“ aufzubrechen. Er steht unter dem Motto „Transparenz: Spiel mit offenen Karten – was verdienen Frauen und Männer?“ Bisher können die meisten Beschäftigten nur raten, wie hoch der Verdienst der Kollegin oder des Kollegen ist. Helene Wildfeuer: „Das von der Bundesregierung geplante Lohngerechtigkeitsgesetz soll laut der Koalitionsvereinbarung endlich die nötige Transparenz schaffen. Die dbb bundesfrauenvertretung wird ihren Sachverstand in das Gesetzgebungsverfahren einbringen, denn eines muss klar sein: egal ob Mann oder Frau, alle verdienen gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“ (06/10/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Jürgen Schröder verstorben

(dbb) Der Vorsitzende des dbb Landesbundes in Bremen, Jürgen Schröder, ist am 26. Februar 2015 im Alter von 59 Jahren plötzlich verstorben. Jürgen Schröder war Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, arbeitete als Amtsrat im Finanzamt Bremen-Mitte und hatte 2010 den Vorsitz im Bremer Landesbund des dbb übernommen.

„Jürgen Schröder war ein sehr beliebter Vorsitzender und Kollege. Er hat sich um den Landesbund Bremen große und bleibende Verdienste erworben“, heißt es im Nachruf des dbb bremen. Mit hohem persönlichem Einsatz habe Schröder die Geschicke des Landesbundes gelenkt. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt würdigte Jürgen Schröder als loyalen Mitstreiter und sympathischen Kollegen. „Jürgen Schröder wurde aus einem aktiven Leben gerissen. An der Spitze des dbb

bremen ist es ihm gelungen, die Interessen von Beamten und Tarifbeschäftigten im Auge zu haben und der Senioren-, Frauen- und Jugendarbeit gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. So hat Jürgen Schröder ein einigendes Band um die Interessen der Mitglieder gelegt.“ Der dbb und sein Bremer Landesbund werden Jürgen Schröder ein ehrendes Andenken bewahren.
(07/10/15)

Deutsche Post AG - DPVKOM fordert Bemessungstarifvertrag und Arbeitszeitverkürzung

(dbb) Der Abschluss eines Bemessungstarifvertrages und die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 38 Stunden bei vollem Lohnausgleich – so lauten die Forderungen der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) für die anstehenden Tarifverhandlungen zum Thema Arbeitszeit bei der Deutschen Post AG.

„Der Arbeitgeber Deutsche Post muss nun endlich der aus unserer Sicht nicht mehr hinnehmbaren Arbeitssituation im Bereich der Zustellung Rechnung tragen und einen wirksamen Schutz vor Überlastung schaffen. Viele der mehr als 85.000 Brief- und Verbundzusteller gehen mittlerweile auf dem Zahnfleisch und sind oder werden krank, weil sie das immense Arbeitsaufkommen schlichtweg nicht mehr bewältigen können. Es reicht“, sagte der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 17. März 2015. Vor diesem Hintergrund sei es nicht verwunderlich, dass der Krankenstand im Unternehmensbereich Brief mittlerweile bei knapp zehn Prozent und damit mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt aller Wirtschaftsbranchen liegt.

Um einen wirksamen Schutz vor Überlastung zu schaffen, hat die DPVKOM einen Bemessungstarifvertrag ausgearbeitet. Ziel ist es, die Arbeitsmenge gerechter zu verteilen und zu gewährleisten, dass die Beschäftigten gesund bis zum Renten- oder Pensionsalter arbeiten

können. Das Tarifwerk sieht daher unter anderem Zeitzuschläge für ältere Beschäftigte ab dem 50. Lebensjahr sowie ein Mitspracherecht der Betriebsräte und der Gewerkschaft bei der Festlegung der Bemessungswerte vor. Diese werden nämlich bislang allein vom Arbeitgeber bestimmt und legen fest, wie viel Zeit ein Zusteller beispielsweise für die Übergabe eines Einschreibens oder die Zustellung eines Pakets hat.

Mit ihrer Forderung nach einer Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit um eine halbe Stunde reagiert die DPVKOM auch darauf, dass die Deutsche Post mit der Gründung der 49 DHL-Delivery-Gesellschaften ihre eigenen Haustarifverträge unterläuft. „Es kann nicht sein, dass die Deutsche Post mit einem Gewinn von knapp drei Milliarden Euro im Jahr 2014 die Arbeits- und Entgeltbedingungen für die Beschäftigten in der DHL Delivery GmbH verschlechtert, nur um noch mehr Gewinn zu erzielen“, so Geyer.
(08/10/15)

VBE: 4. Deutscher Schulleiterkongress war „voller Erfolg“

(dbb) Als einen „vollen Erfolg“ hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) am 14. März 2015 den 4. Deutschen Schulleiterkongress gewertet. Der VBE ist gemeinsam mit dem Informationsdienstleister Wolters Kluwer Deutschland (WKD) Veranstalter des DSLK.

„Der Wille, sich fortzubilden, ist ungebrochen“, stellte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann fest. „Der DSLK hat sich als Top-Bildungsveranstaltung für Schulleitungs-Mitglieder etabliert.“ Rund 2.000 Teilnehmer aus dem deutschsprachigen Raum und dem europäischen Ausland waren nach Düsseldorf gekommen, um für ihre Arbeit in den Schulen neue Anregungen und Ideen zu bekommen.

Um Schulleitern neue Blickwinkel aufzuzeigen, waren in diesem Jahr unter anderen Margot Käßmann und Ranga Yogheswar zum DSLK gekommen. „Dazu bietet der DSLK hochkarätige Referenten aus dem Bildungsbereich, die Schulleitungen Tipps geben, wie sie ihre Arbeit und die verschiedenen Aufgaben besser bewältigen können“, so Beckmann. Die Praxisnähe

werde dabei von den Teilnehmern besonders geschätzt.

„Unterrichtsvorbereitung ist schlichtweg nicht möglich, wenn in den Schulen keine entsprechenden Computer zur Verfügung stehen“, bemängelte Beckmann und verwies auf eine Teilnehmer-Umfrage der Veranstalter. 54 Prozent der Teilnehmer sagten, sie hätten zu wenig elektronische Arbeitsplätze fürs Kollegium. „Wer den Schulen eine so schlechte Ausstattung zumutet, der lässt gleichzeitig zu, dass sie ihre Arbeit in die eigenen vier Wände verlegen, wo sie einen PC haben. So schürt man Burn-out, obwohl die Lehrgesundheit ein Gut ist, das der Arbeitgeber zum Wohle aller an Schule Beteiligten erhalten sollte“, so Beckmann. (09/10/15)

GDL: Verhandlungen werden fortgesetzt

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat eine Fortsetzung der Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn AG am 23. März 2015 in Berlin angekündigt. Das Ergebnis werde von entscheidender Bedeutung für den Fortgang der Verhandlungen sein.

„Gelingt es uns an diesem Tag die Zugbegleiter und Bordgastronomen in den Flächentarifvertrag zu integrieren, bestehen gute Aussichten, auch die Regelungen für Lokrangierführer und Disponenten zu vereinbaren. Dann wäre der erste große Schritt zum Abschluss des Flächentarifvertrages für das Zugpersonal bei der DB AG noch vor Ostern geschafft“, erklärte der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky zum Ergebnis der Tarifverhandlungen zwischen GDL und DB AG am 13. März 2015 in Frankfurt am Main.

Bei den Verhandlungen wurde auf Basis der vorausgegangenen Sondierungen erstmalig über die inhaltliche Ausgestaltung des Rahmentarifvertrages für das Zugpersonal bei der DB AG verhandelt. Die DB AG wird bis zum

21. März 2015 ein konkretes Angebot zur Entgeltsystematik und zur Entgelthöhe für Zugbegleiter und Bordgastronomen vorlegen. Beide Seiten stimmen darin überein, dass ohne die Vereinbarung der Rahmenregelungen im Flächentarifvertrag die Ausgestaltung der Haustarifverträge nicht zielführend ist.

Ziel der GDL sei es, am 23. März die Rahmenregelungen zunächst für Zugbegleiter und Bordgastronomen abzuschließen und anschließend über die Rahmenregelungen für Lokrangierführer und Disponenten zu verhandeln. Bei einem weiteren Termin am 27. März 2015 sollen dann die Rahmenregelungen im Flächentarifvertrag für das gesamte Zugpersonal bei der DB AG abschließend verhandelt sein. (10/10/15)

Blockupy-Proteste: DPoIG verurteilt Gewalt gegen Polizeieinsatzkräfte

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die gewalttätigen Angriffe auf Polizeibeamte in Frankfurt am Main scharf verurteilt. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt erklärte am 18. März 2015: „Die gezielten Angriffe von Demonstranten auf Einsatzkräfte der Polizei haben nichts mehr mit friedlichem Protest gegen die Eröffnung des EZB-Gebäudes zu tun. Brennende Polizeiautos, Straßenbarrikaden, Gewalt gegen Sicher-

heitskräfte und sogar Feuerwehr- und Rettungskräfte – hier hat sich ein gewaltbereiter Mob aus ganz Europa versammelt, um unter dem Deckmantel der Kapitalismuskritik den Staat als solchen anzugreifen.“

Die Heftigkeit der Ausschreitungen zeige, dass die gewaltbereiteten Demonstranten sich langfristig auf diesen Tag vorbereitet haben und bewusst Zerstörungen und verletzte Polizeibeamte in Kauf nehmen. Das Ausmaß der Gewalt habe eine neue Qualität erreicht. Angriffe mit Steinen und Böllern, mit ätzenden Flüssigkeiten, die Behinderung der Arbeit von von Rettungskräften seien „mehr als verachtenswert“.

Wendt versicherte, die Polizeikräfte würden sich nicht provozieren lassen. „Die 6.000 Einsatzkräfte aus Bund und Ländern werden jedoch konsequent schwere Straftaten verfolgen, auch unter Verwendung des unmittelbaren Zwangs, aber immer unter Maßgabe der Verhältnismäßigkeit.“

(11/10/15)

Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichts – VBE: „Rolle rückwärts“

(dbb) „Der VBE nimmt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit großer Zurückhaltung zur Kenntnis“, erklärte der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, am 13. März 2015 zur aktuellen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hatte entschieden, dass die Länder muslimischen Lehrerinnen nicht mehr generell untersagen dürfen, im Unterricht Kopftuch zu tragen. „Für mich ist das eine Rolle rückwärts“, erklärte Beckmann.

Für den VBE stehe außer Frage, dass Lehrkräfte in Deutschland der Neutralitätspflicht unterliegen und diese Pflicht nicht verletzt werden darf.“ Beckmann weiter: „Der VBE setzt sich dafür ein, dass Schule ein Ort der Bildung und Erziehung bleibt und Schülerinnen und Schüler ohne jegliche Beeinflussung unterrichtet werden. Dies ist und bleibt der Auftrag von Lehrerinnen und Lehrern.“ Es sei zu befürchten, so Beckmann, dass mit der aktuellen Entscheidung Schulleitungen und Lehrkräften weitere Belastungen auferlegt werden, denn in jedem Einzelfall müsse nunmehr geprüft werden, inwiefern die Neutralitätspflicht eingehalten

oder die Grenze der Neutralität überschritten werde. Das Tragen des Kopftuchs werde gerade von traditionalistischen Gruppierungen propagiert und sei als Ausdruck religiöser Intoleranz oder gar Frauenfeindlichkeit zu werten. Der Druck auf muslimische Mädchen, gegen ihren Willen ein Kopftuch tragen zu müssen, werde so noch wachsen.

„Der Gesetzgeber ist nun gefordert, für die Schulleitungen einen neuen rechtssicheren Rahmen zu schaffen“, so Beckmann.

(12/10/15)

Philologenverband befürchtet neues Konfliktpotenzial in Schulen

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPHV) befürchtet nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zu dem in einigen Landesverfassungen und Landesgesetzen verankerten Kopftuchverbot für Lehrkräfte neues Konfliktpotenzial an den Schulen. Er sei „nicht besonders glücklich“ über die Entscheidung, erklärte der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger.

Nach seiner Ansicht haben die bisherigen rechtlichen Bestimmungen in den einzelnen Bundesländern, die das Tragen stark „appellativer religiöser Zeichen“ wie des Kopftuches verboten, kaum zu konkreten Konflikten in der Schulpraxis geführt. Das aktuelle Gerichtsurteil dagegen vernachlässige, wie auch

im Minderheitsvotum überzeugend dargelegt, die Bedeutung des staatlichen Erziehungsauftrages, der unter Wahrung der Pflicht zu weltanschaulich-religiöser Neutralität zu erfüllen sei.

„Ich befürchte, dass durch dieses Urteil neue Konflikte in unsere Schulen hineingetragen werden, weil es den Schutz des elterlichen Erziehungsrechts aufweicht und die negative Glaubensfreiheit der Schüler einschränkt. Wir

werden deshalb wohl in Zukunft mehr Rechtsstreitigkeiten als bisher haben“, sagte Meidinger.

(13/10/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Zu einem intensiven Kennenlerngespräch sind der dbb Vize und Fachvorstand Tarifpolitik **Willi Russ** und der neue Innenminister von Brandenburg, Karl-Heinz Schröter, am 9. März 2015 in Potsdam zusammengekommen. Die Auswirkungen der laufenden Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Land Brandenburg standen im Mittelpunkt des Meinungsaustausches. Russ bekräftigte die Erwartung, dass sowohl der Einstieg in die Tarifierung einer Lehrer-Entgeltordnung als auch die vollständige Übernahme eines Tarifergebnisses auf die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger im Land Brandenburg gelingen müsse. Weitere Themen waren die Funktionalreform und die anstehenden Strukturformen. Schröter und Russ bekräftigten den Willen, künftig noch enger zusammen zu arbeiten.

Als „existenzbedrohend“ hat der dbb Vize und Fachvorstand Beamtenpolitik **Hans-Ulrich Benra** den Verlust der Pension für Beamte bezeichnet. Mit Blick auf den Augsburgsberger Prozess gegen den früheren Fraktionschef der CSU im bayerischen Landtag, Georg Schmid, erklärte Benra im Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe vom 16. März 2015), die Konsequenz nach Verurteilung zu zwölf Monaten Freiheitsstrafe oder mehr – Verlust des Beamtenstatus und damit auch des Anspruchs auf Pension – sei dennoch nicht infrage zu stellen. Zu den Säulen des Rechtsstaats gehöre, dass die Bürger Vertrauen in dessen Amtsträger haben dürfen, dass diese unparteiisch und unbestechlich sind, dass sie sich erst recht an sämtliche Gesetze halten. Benra: „Wer sich auf die Laufbahn als Beamter einlässt, muss auch die Regeln akzeptieren, nach denen dort gespielt wird.“ Schmid war angeklagt, seine Frau als Scheinselbstständige beschäftigt und so Sozialversicherung und Fiskus um sechsstelligen Beträge geprellt zu haben.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, will in Sachen Daseinsvorsorge für die Berliner Bürger und Personalentwicklung im öffentlichen Dienst nicht locker lassen. Seit dem Regierungswechsel vor zwei Jahren seien zwar wichtige Maßnahmen, wie die Ausbildungsoffensive und der Wissenstransfer durchgesetzt sowie Perspektiven für Beamtinnen und Beamte angestoßen worden, man dürfe sich aber nicht auf dem Erreichten ausruhen, bekannte Saleh am 17. März 2015 vor dem Landesvorstand des **dbb berlin**. Noch vor zwei Jahren habe er nach vielen Gesprächen, auch mit dem dbb berlin, eine traurige Bestandsaufnahme über die Situation im öffentlichen Dienst ziehen müssen, und zwar sowohl über den Umgang des Landes mit seinen Mitarbeitern als auch über die aufgrund ungebremster Personaleinsparungen gefährdete Sicherung der Daseinsvorsorge. „Es war längst fünf nach zwölf“, brachte der SPD-Fraktionschef die Situation auf den Punkt. Saleh zeigte sich dankbar für den Input, den er vom dbb Landesvorstand erhalten habe.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) hat die Initiative des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) zur Verbesserung des Dienstes der Beamten in der Bundeswehrfeuerwehr begrüßt. „Unbesetzte Dienstposten, fehlender Nachwuchs und unzureichende berufliche Perspektiven sind keine guten Voraussetzungen für einen attraktiven Arbeitsplatz bei der Bundeswehr“, sagte der Bundesvorsitzende des VBB, **Wolfram Kamm**, am 17. März 2015. Dass entschlossenes Handeln dringend erforderlich ist, wird anhand der hohen Überstundenbelastung der Kolleginnen und Kollegen deutlich. „Neben den vielfach sehr langen Wegstrecken zur Arbeit sind im Besonderen die physischen und psychischen Belastungen eines zum Teil über Jahrzehnte hinweg geleisteten Wechselschichtdienstes gravierend - und das bei unzureichender Bezahlung“, so Kamm weiter. „Ohne ausreichend qualifiziertes Personal ist ein geordneter



Dienstbetrieb zum Beispiel auf Truppenübungsplätzen und militärischen Flugplätzen nur noch schwer aufrecht zu erhalten. Schließungen wären die Folge. Auch deshalb sollte darüber nachgedacht werden, nicht mehr durch Auslandseinsätze gebundene Brandschutzsoldaten vorübergehend zur Dienstleistung abzustellen“, so Kamm.

Auf dem Deutschen Lehrertag 2015, der am 12. März im Rahmen der Leipziger Buchmesse stattfand, hat der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung VBE, **Udo Beckmann**, kritisiert, dass „Schule nicht auf Dauer als Druckkessel für jegliches gesell-

schaftliches Problem herhalten“ dürfe. „Den Schulen immer mehr und immer neue Aufgaben aufzubürden, den Druck auf Lehrerinnen und Lehrer ständig zu erhöhen und gleichzeitig notwendige Entlastungsventile zu verweigern, muss zum Überdruck im Kessel Schule führen“, warnte Beckmann auf dem größten bundesweiten Weiterbildungstag für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen. Veranstalter sind der VBE Bundesverband und der Verband Bildungsmedien e. V. in Kooperation mit dem SLV – Sächsischer Lehrerverband im VBE, VBE Landesverband Sachsen-Anhalt und tlv thüringer lehrerverband.
(14/10/15)

Termine zum Vormerken:

Hearing zum Tarifeinheitsgesetz

„Freie Gewerkschaften oder staatlicher Einheitszwang?“
Berlin, 16. April 2015

3. Forum Behindertenpolitik

„Teilhabe in der Kommune – Nichts liegt näher?“
Berlin, 28. - 29. April 2015

11. dbb bundesfrauenkongress

„Erfolgsfaktor Zukunft: Frauen und Männer – gemeinsam stark!“
Potsdam, 8. - 9. Mai 2015